

**Avanti**

**2**

**Theoriebeilage**

Naher Osten:  
Israel in Palästina  
von  
Helmut Dahmer

ISO Rhein-Neckar

**NEIN  
ZUM KRIEG  
IM NAHEN OSTEN**



**STAATSRÄSON  
ODER  
MENSCHENRECHTE**

## INHALT

## TITEL

- 01 NAHOST-KRIEG**  
Staatsräson oder Menschenrechte?

## EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

- 02 REPRESSION**  
Solidarität mit der NPA

## SEITE DREI

- 03 NAHOST-KRIEG**  
Staatsräson oder Menschenrechte?

## ISRAEL/PALÄSTINA

- 04 NAHOST-KRIEG.**  
Das Morden stoppen

## BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

- 05 BR-MOBGING I**  
„Betriebsräte im Visier“?

- 06 BR-MOBGING II**  
Grußwort G. Wallraff

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

der neuerliche Ausbruch von massenhafter Gewalt in Nahost nach dem menschenverachtenden Überfall der Hamas auf Israel steht im Mittelpunkt des internationalen Geschehens.

Auch wir befassen uns mit dem Nahost-Krieg und bürsten die herrschende Propaganda gegen den Strich.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Kampf gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten durch BR-Mobbing in der BRD.

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir zwei sehr lesenswerte Texte zu den Hintergründen des Dramas um Israel in Palästina.

Wir hoffen auf Euer Interesse an der November-Ausgabe von *Avanti*!

*Eure Redaktion*

## INHALT

- 07 BR-MOBGING III**  
Arbeitsunrecht?

- 08 GEWERKSCHAFTSTAG VER.DI**  
Keine Kursänderung

## ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 ISRAEL/PALÄSTINA**  
Blutvergießen ohne Ende?

- 11 NEUERSCHEINUNG**  
*Literatur und Revolution*

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 ANTIFASCHISMUS**  
Gemeinsam gegen AfD?

## 12 TERMINE

## THEORIEBEILAGE

- 01 NAHER OSTEN**  
Wider die Staatsräson  
Israel in Palästina

## Repression in Frankreich Nein zur Kriminalisierung der Unterstützung des palästinensischen Volkes!

M. G.

Mehr als 170 Persönlichkeiten aus Kultur, Politik, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen – darunter die Literaturnobelpreisträgerin Annie Ernaux – wenden sich in einem öffentlichen Aufruf gegen die Kriminalisierung der „Unterstützung des palästinensischen Volkes“ und fordern „einen gerechten und dauerhaften Frieden“ im Nahen Osten.

In ihrem Appell betonen sie: „Das Grauen schlug am 7. Oktober zu und seitdem versinken Palästina und Israel jeden Tag tiefer darin. Massenmorde an Zivilisten durch die Hamas, vom Massaker von Réim bis zu den Massengräbern in den Kibbuz Be’eri und Kfar Aza, Kriegsverbrechen des Staates Israel gegen die Bevölkerung im Gazastreifen und mörderische Übergriffe von Siedlern im Westjordanland: Palästina und Israel sind Schauplatz namenloser Gräueltaten. Und in Dunkelheit gehüllt, hat die Katastrophe bereits in Gaza begonnen, wo eine Bodenintervention der israelischen Armee mit Tod und Verwüstung droht.“

Die Unterzeichnenden lehnen „die Doppelmoral“ der Regierung ab. Sie wenden

sich „gegen die Anschuldigungen und Verleumdungen, die heute gegen jeden politischen Gedanken gerichtet sind, der nicht mit dem der Herrschenden gleichgeschaltet ist, insbesondere gegenüber [der Partei] France insoumise und der NPA. Gewählte Vertreter und politische Funktionäre dieser Organisationen werden öffentlich in Frage gestellt und sogar bedroht.“

Dem Aufruf zufolge haben sowohl France insoumise als auch die NPA „ihre Abscheu vor allen Massakern und Kriegsverbrechen deutlich zum Ausdruck gebracht“. Deshalb fordern die Unterzeichnenden „nachdrücklich, dass die Ermittlungen wegen ‚Verherrlichung des Terrorismus‘ gegen die NPA und verschiedene Vereinigungen oder Kollektive, die die Solidari-

tät mit Palästina organisieren, eingestellt werden.“

Ferner fordern sie, „dass die Verbote von Demonstrationen oder öffentlichen Versammlungen aus Solidarität mit der Bevölkerung von Gaza beendet werden“. Diese Verletzung der demokratischen Rechte und Freiheiten sei „zutiefst illegitim und völlig unverantwortlich“.



„Für einen gerechten und dauerhaften Frieden“

# Krieg im Nahen Osten

## „Staatsräson“ statt Menschenrechte?

U. D.

**Am 7. Oktober 2023 – fast genau 50 Jahre nach dem Jom-Kippur-Krieg – griff die Hamas mit Raketen Israel an. Zeitgleich überfielen an die 1.500 Kämpfer des Hamas und von Al Dschihad Israel, ermordeten brutal rund 1.500 Menschen und verschleppten etwa 200 weitere als Geiseln.**

**O**pfer dieses menschenverachtenden Überfalls wurden ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter überwiegend Zivilist:innen, darunter kleine Kinder. Diese barbarische Tat darf nicht als „Kollateralschaden“ eines berechtigten Widerstands relativiert werden. Sie ist durch nichts zu rechtfertigen. Auch nicht durch die jahrzehntelange Besatzungspolitik Israels.

Mit dieser Tat eröffnete die Hamas-Führung einen weiteren, blutigen und sinnlosen Krieg im Nahen Osten. Dabei kalkulierte sie den militärischen Gegenschlag Israels mit ein und nahm bewusst eine große Zahl von zivilen Opfern in Gaza in Kauf.

### Israels blutiger Gegenschlag

Die Antwort Israels war vorhersehbar und folgte der Gewaltlogik der Hamas. Mit Artillerie, Raketen, Drohnen, Kampffjets und Bodentruppen griff es Gaza an. Dabei wendet die israelische Armee nach wie vor die Dahiya-Doktrin an, die keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nimmt.

Zudem erschwert oder verhindert Israel in Gaza sogar humanitäre Hilfe, zerstört die Infrastruktur, nimmt mehr als zwei Millionen Menschen in kollektive Geiselhaft und damit eine humanitäre Katastrophe in Kauf.

Aus dem Recht Israels sich zu verteidigen, wurde längst ein Rache- und Vertreibungsfeldzug gegen die Palästinenser in Gaza. Bereits jetzt sind mehr als 8.500 Palästinenser:innen – darunter mehrere Tausend Kinder – ums Leben gekommen. Auch dafür gibt es keine Rechtfertigung.

### Menschenrechte statt „Staatsräson“

Menschenrechte sind unteilbar und universell. Sie gelten für palästinensische wie für israelische Menschen gleichermaßen. Daher muss Solidarität und Anteilnahme für alle Opfer und deren Angehörige gelten, sowohl in Israel wie auch in Gaza.

Eine uneingeschränkte Solidarität wie sie von der Bundesregierung gegenüber Israel formuliert und zur „Staatsräson“ erklärt wurde, ist falsch und wird der komplizierten Situation im Nahen Osten ebenso wenig gerecht wie eine uneingeschränkte Solidarität mit der Hamas.

Einseitige und unkritische „Solidarität“ bietet keinen Ausweg aus der Spirale der Gewalt im Nahen Osten und wird nur zu neuen Opfern und neuem Leid führen.

### Spiel mit dem rechten Feuer

Im Einklang mit der „westlichen Wertegemeinschaft“ setzen die Ampelparteien ihre einseitige Solidarität mit Israel um. Applaus und tatkräftige Hilfe erhalten sie von CDU/CSU und der rassistischen und in weiten Teilen antisemitischen AfD.

Dabei wird versucht, jegliche Solidarität mit den Palästinenser:innen zu unterdrücken und als Terrorunterstützung zu kriminalisieren. Jegliche Israel-Kritik wird als antisemitisch diffamiert. Die mit dieser „offiziellen Politik“ verbundenen Angriffe und Einschränkungen der Versammlungs- und Meinungsfreiheit stellen einen massiven Angriff auf demokratische Grundrechte dar.

Darüber hinaus wird der Hamas-Angriff politisch genutzt, um eine anti-arabische Stimmung anzuheizen und Fliehende aus arabischen Ländern unter einen terroristischen Generalverdacht zu stellen. Damit soll eine weitere Aushöhlung des Asylrechts „demokratisch“ begründet und durchgesetzt werden.

Die sogenannte „bürgerliche Mitte“ bedient sich hierbei rassistischer Parolen der extremen Rechten, um letztendlich eine von AfD & Co. geforderte Politik umzusetzen. So wird die bedrohliche Rechtsentwicklung nicht gestoppt, sondern beschleunigt.

### Unsere Perspektive

Wir unterstützen all jene, die im Nahen Osten für Frieden und Solidarität eintreten; die eine Gesellschaft wollen, die nicht im rassistisch-religiösen Morast versinkt; die für die Einhaltung der Menschenrechte für alle Menschen kämpfen.

Unsere Perspektive ist ein vereintes, freies und sozialistisches Palästina, in dem alle dort lebenden Menschen die gleichen sozialen und politischen Rechte haben.

Diese Utopie scheint weiter entfernt zu sein denn je, aber es gibt dazu keine bessere Alternative. ■



# „Das Morden muss ein Ende haben!“

E. B.

**Am 31. Oktober 2023 organisierte das Friedensbündnis Mannheim auf dem örtlichen Marktplatz die Aktion „Für ein Ende der Gewalt in Israel und Palästina!“**

**N**ach einer Schweigeminute für die Opfer des neuen Nahost-Krieges kritisierten Rednerinnen und Redner der unterstützenden Organisationen die aktuelle Entwicklung und die heuchlerische Politik der Bundesregierung. Wir dokumentieren im Folgenden den Redebeitrag der ISO Rhein-Neckar.

*Liebe Freundinnen und Freunde,*

*der brutale und verbrecherische Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober ist menschenverachtend. Und die kriegserische Reaktion der israelischen extrem rechten Regierung ist es nicht weniger.*

*Wir sagen: Ein erlittenes Unrecht rechtfertigt nicht neues Unrecht!*

*Tausende Menschen sind bisher auf beiden Seiten dem mörderischen Treiben zum Opfer gefallen. Hunderttausende sind auf der Flucht. Die Kriegsparteien tragen dennoch den blutigen Kampf für ihre eigenen Interessen zunehmend rücksichtsloser aus.*

*Wir sagen:*

- *Das Morden muss ein Ende haben!*
- *Waffenstillstand sofort!*
- *Wirksame humanitäre Hilfe für alle Opfer jetzt!*

*Die USA und ihre Verbündeten verhindern das jedoch ebenso wie die reaktionären Regime Irans, Katar und anderer Staaten. Die einen stützen das korrupte Regime Netanjahus und dessen aggressive Siedlungspolitik, die anderen die arbeiter- und frauenfeindliche Hamas.*

*Hauptopfer dieses neuen Nahost-Krieges sind die jüdische und die palästinensische Zivilbevölkerung und die Umwelt.*

*Wirtschaftliche Hauptgewinner sind die Rüstungsindustrie, die Ölkonzerne und nach dem Kriegsende der Bau- und der Infrastruktursektor.*

*Politisch profitieren von dem Morden die Antisemiten, Faschisten, Kriegstreiber und Reaktionäre aller Herren Länder.*

*Aber ein Ende dieses bedrohlichen Wahnsinns ist nicht in Sicht.*

*Genau dafür müsste sich die Bundesregierung einsetzen. Sie redet von „Staatsräson“ statt sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.*

*Es wurde und wird mit Berufung auf diese „Staatsräson“ zum Beispiel das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Das ist zynisch und skandalös!*

*Damit verstoßen die deutsche Regierung und die Behörden auch in diesem Fall gegen ihren aus dem Grundgesetz hergeleiteten Verfassungsauftrag. Dort steht nichts von einer „Staatsräson“, und dort steht erst recht nichts von einer den Kapitalinteressen verpflichteten „Staatsräson“.*

*Wie kann es sein, dass die Bundesregierung zum Beispiel dem skrupellosen Feudalregime von Katar den Hof macht? Wie kann es sein, dass die Herrscher Katar unbehelligte Großaktionäre von VW, Siemens und anderen deutschen Konzernen sind? Wie kann es sein, dass sie jedes Jahr Milliarden aus der Ausbeutung der dort Arbeitenden abkassieren und höchstwahrscheinlich auch zur Finanzierung der Hamas verwenden?*

*Heißt Artikel 1 des Grundgesetzes jetzt etwa: „Die Höhe der Profite ist unantastbar?“ Nein, natürlich nicht. Die Bundesregierung ist verpflichtet, das Grundgesetz zu verteidigen und nicht auszuhöhlen.*

*Warum ignoriert sie dann aber das dortige Bekenntnis „zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“? (Artikel 1 Absatz 2 GG.)*

*Fakt ist: Menschenrechte sind unteilbar und universell gültig. Aber wir sind verpflichtet, sie immer wieder aufs Neue zu verteidigen!*

*Langfristig gibt es zur Lösung des historisch bedingten Nahost-Konflikts nur eine Perspektive. Es müssen für alle in Israel und in Palästina lebenden Personen die politischen und sozialen Menschenrechte wirksam durchgesetzt werden. Nur so kann das friedliche Zusammenleben aller in der Region gelingen.*

*Dazu bedarf es eines staatlichen Überbaus in Form einer nicht-religiösen, binationalen demokratischen und sozialen Republik, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Und es bedarf einer wirtschaftlichen Basis, die nicht auf Profitmaximierung, sondern auf bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung und dem Schutz der Umwelt beruht.*

*Der Weg dorthin ist sehr steinig. Aber wir sollten bereit sein, alle zu unterstützen, die jetzt schon in diese Richtung gehen wollen. Das heißt: Wir stehen an der Seite aller Kräfte in Israel und Palästina, die die scheinbar auswegs- und endlose Spirale von Hass und Gewalt durchbrechen wollen.*

*Wir dürfen deshalb nicht lockerlassen, durch den Aufbau einer starken Antikriegsbewegung Druck auszuüben. Druck, den die deutsche Regierung, die sie stützenden Parteien und die Gewerkschaftsführungen spüren! Bei der Demo am 25. November in Berlin und an jedem anderen Tag!*

*Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!* ■



Mannheimer Protestaktion gegen den Nahost-Krieg, 31. Oktober 2023.

# „Verdachtskündigungen verstoßen gegen das Grundgesetz“

KOMITEE „SOLIDARITÄT GEGEN BR-MOBGING!“

**Am Samstag, den 14.10.2023, fand in Mannheim die 10. bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co.“ unter dem Motto „Solidarität stärken!“ statt.**

**D**er große Saal des Gewerkschaftshauses war voll. Rund achtzig Betriebsräte und gewerkschaftlich Aktive nahmen an der seit 2014 jährlich durchgeführten Tagung teil. Sie kamen aus sehr unterschiedlichen Bereichen (Flugzeugbau, Chemie, Solarindustrie, KFZ-Handwerk, Textil, Traktorenherstellung, Post, Pflege, Bildung, Energie, Omnibusbau, Zulieferindustrie, Dienstleistungen, Werkzeugbau, Handel und andere).

Auch dies belegt, wie sehr die illegale Bekämpfung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretungen mittlerweile ein weit verbreitetes und extrem beunruhigendes Phänomen geworden ist. Es ist festzustellen, dass ein rücksichtsloses Vorgehen gegen Betriebsräte und Gewerkschaften in immer mehr Unternehmen und Einrichtungen als „normal“ angesehen wird. Es handelt sich dabei um schwere Verstöße gegen Grund- und Menschenrechte. Deren Folgen sind fatal: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.

Drei Schwerpunktthemen prägten die diesjährige Zusammenkunft: die Notwendigkeit, Solidarität auch überbetrieblich wirksamer zu entwickeln, das skandalöser Weise noch heute nachwirkende deutsche faschistische Arbeitsunrecht und aktuelle Ansätze zur Verteidigung verbriefter Rechte in der Arbeitswelt.

Lars Treusch (DGB Baden-Württemberg) betonte die vom gewerkschaftlichen Dachverband erkannte dringende Notwendigkeit, verstärkt gegen Betriebsratsmobbing vorzugehen. Daniel Warkocz (IG Metall Mannheim) belegte mit konkreten Beispielen, wie massiv Unternehmen versuchen, sogar die Gründung von Betriebsräten zu verhindern.

Der bekannte Autor Günter Wallraff sagte in seinem der Konferenz per Video übermittelten Grußwort: „Unternehmen verschleiern ihr illegales Handeln“. Er forderte die Gewerkschaften auf, sich gegen Fälle von BR-Mobbing wie bei ProMinent konsequent zu wehren, dem Unternehmen des BDA-Präsidenten Rainer Dulger und seines Bruders.

Eine Podiumsrunde von aktiven Betriebsräten und Vertrauensleuten aus Nordhessen beeindruckte die Konferenz mit ihren ermutigenden Erfahrungsberichten. Sie zeigten auf, wie mit klugen Aktionen Solidarität gegen alle Widerstände auch überbetrieblich wirksam werden kann.

## Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechtes

Rechtsanwalt Klaus-Dieter Freund kritisierte vehement in seinem fundierten Vortrag die gegen aktive Betriebsräte ausgesprochenen „Verdachtskündigungen“ als ein auch heute noch „fortwirkender Bestandteil des faschistischen Arbeitsunrechtes“.

Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand) stellte anschaulich die haarsträubenden Zustände im Tesla-Werk Grünheide dar. Gegen die engagierten Initiativen der IG Metall zur Verteidigung der Interessen der Beschäftigten geht das Management des Multimilliardärs und Gewerkschaftshassers Musk mit gesetzeswidrigen Mitteln vor.

Gemobbte Betriebsräte aus verschiedenen Firmen betonten im Verlauf der Diskussion, wie existenziell wichtig und mutmachend der solidarische Austausch im Rahmen von „BR im Visier“ für sie selbst ist.

Die Entschließung der Konferenz fordert die Bundesregierung auf, endlich „die Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen und von Betriebsrattätigkeit zum Officialdelikt“ zu erklären und damit solche Straftaten ohne Strafantrag von Amts wegen verfolgen zu lassen. Weiter heißt es: „Wir fordern ferner, dass Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden, die in der Lage sind, entsprechende Vorgänge zur Anklage zu bringen! Wir fordern schließlich und vor allem, dass die aus dem faschistischen Arbeitsunrecht herrührenden ‚Verdachtskündigungen‘ für illegal erklärt werden. Sie verstoßen gegen Artikel 12 Abs. 1 und Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz.“

Organisiert wurde die sehr positiv bewertete Tagung vom Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, Kirchlichem Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln.

Am 12. Oktober 2024 wird die 11. Bundeskonferenz „BR im Visier“ in Mannheim stattfinden.

[Weitere Infos im Netz: [www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)]



Konferenz in Mannheim, 14. Oktober 2023.

Foto: [helmut-roos@web.de](mailto:helmut-roos@web.de).

# Entschließung der 10. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“

## BR-Mobbing bekämpfen - Solidarität stärken!

**A**uch nach dem offiziell verkündeten Ende der Corona-Pandemie breitet sich das Virus des Mobbing demokratisch gewählter Interessenvertretungen und der Gewerkschaftsbekämpfung immer weiter aus.

Unternehmensführungen gehen zunehmend skrupelloser gegen Kolleginnen und Kollegen vor. Dabei kommen Methoden zum Einsatz, die Grund- und Menschenrechte mit Füßen treten.

Mit Unterstellungen und „Verdachtskündigungen“ werden aktive Betriebsräte angegangen, eingeschchert und aus ihrer Funktion gedrängt. Viel zu oft gelingt es den Mobbern, die berufliche Existenz der Betroffenen zu zerstören und ihrer Gesundheit schwersten Schaden zuzufügen.

Der aktuelle Skandal bei ProMinent ist nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Bei dem Heidelberger Dosierpumpenhersteller ist der gewerkschaftlich organisierte Betriebsrat zerschlagen und durch ein firmenhriges Gremium ersetzt worden. Miteigentümer und Mitglied der Geschäftsführung des Unternehmens ist Rainer Dulger. Er ist als Prsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände der höchste Reprsentant der deutschen Wirtschaft.

Gegen die Machenschaften bei ProMinent wendet sich eine Solidarittskampagne um Günter Wallraff ([www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018](http://www.netigate.se/ra/s.aspx?s=1151263X385586598X71018)). Wir unterstüt-

zen diese beispielhafte Aktion.

Die amtierende Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, die Be- und Verhinderung von Betriebsratswahlen und von Betriebsrtsttigkeit zum Officialdelikt erklären zu wollen. Das heißt: Solche Straftaten würden ohne Strafantrag von Amts wegen verfolgt. Wir fordern, dass den Worten endlich Taten folgen! Wir fordern ferner, dass Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden, die in der Lage sind, entsprechende Vorgänge zur Anklage zu bringen!

Wir fordern schließlich und vor allem, dass die aus dem faschistischen Arbeitsunrecht herrührenden „Verdachtskündigungen“ für illegal erklärt werden. Sie verstoen gegen Artikel 12 Abs. 1 und Artikel 20 Abs. 3 Grundgesetz.

Für eine erfolgreiche Verhinderung von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung ist aber letztlich die Organisation und Stärkung spürbarer Solidarität mit den attackierten Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und in der Öffentlichkeit entscheidend.

Sie bedarf einer wirksamen demokratischen Gegenmacht in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. Das ist nicht nur die Aufgabe unserer Gewerkschaften, sondern von uns allen!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der  
10. bundesweiten Konferenz „Betriebsräte im Visier“  
Mannheim, den 14. Oktober 2023 ■



Konferenz in Mannheim, 14. Oktober 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

# Grußwort Günter Wallraffs an die 10. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“\*



Konferenz in Mannheim, 14. Oktober 2023.

Foto: helmut-roos@web.de.

Liebe Kolleginnen und Freunde!

als ich vor über zehn Jahren das erste Mal auf eurer Konferenz gesprochen habe, gab es nur vereinzelte Initiativen gegen Betriebsrat-Mobbing, die man an einer Hand abzählen konnte. Auch bei den Gewerkschaften war das kein zentrales Thema und – mit Ausnahme der Mannheimer IG Metall – kaum präsent.

Ganz anders auf Seiten der Arbeitgeber: Schon damals gab es zahlreiche Unternehmensberatungen und Unrechtsanwälte, die sich auf das gezielte Mobben bis hin zum Psychoterror gegen engagierte Mitarbeiter:innen und Betriebsräte spezialisiert hatten. Sie hatten massenhaft Aufträge und das trotz meist horrender Kostensätze und exorbitanten „Abschussprämien“.

Durch Medienveröffentlichungen und Aufklärungskampagnen ist Betriebsrat-Mobbing, Bossing oder Union Busting heute für viele kein Fremdwort mehr. Doch das eigentliche Problem wurde damit nicht gelöst. Unternehmen verschleiern ihr illegales Handeln und gehen dabei immer subtiler zu Werke: So setzen Geschäftsführungen mittlerweile darauf, die Gremien der Mitbestimmung mit eigenen, gekauften oder handzahn-willfähigen Gefolgsleuten zu besetzen, um Entscheidungen einzig im Sinne der Arbeitgeber durchzusetzen. Betriebliche Mitbestimmung als reine Farce und Schein-Demokratie.

Die Gewerkschaften verhalten sich uneindeutig: Manche wagen den Konflikt mit den Arbeitgebern und gehen in die Offensive. Andere hängen den früheren Tagen der Sozialpartnerschaft nach, die von Arbeitgeberseite längst aufgekündigt worden ist. Diese Polarisierung wird aktuell auch im Konflikt bei ProMinent in Heidelberg deutlich, dem Unternehmen des BDA-Präsidenten Rainer Dulger und seines Bruders.

Die Teilnehmer:innen dieser Konferenz positionieren sich un-

missverständlich und eindeutig.

Euch gilt meine volle Unterstützung. Euer Engagement ist vorbildlich und bewundernswert – zum einen als Solidarität für betroffene Kollegen. Zum anderen aber auch, damit das menschenrechtsverletzende Betriebsrat-Mobbing nicht mehr länger nur ein strafrechtliches Antragsdelikt bleibt, sondern zum Offizialdelikt wird, so wie es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt war.

Es ist längst überfällig, Betriebsrat-Mobbing nicht mehr als Kavaliersdelikt zu behandeln, sondern mit Paragraph 119 des Betriebsverfassungsgesetzes auch endlich eine effektive Gegenwehr der Kollegen durchzusetzen. Arbeitgeber, die die psychische und physische Gesundheit ihrer Mitarbeiter:innen von langer Hand geplant, gewissenlos und mit krimineller Energie ruinieren, dürfen nicht mit einer geringfügigen Geldstrafe davonkommen, sondern müssen wissen, dass Ihnen auch Gefängnis droht.

Bis dahin ist noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten. Doch wir dürfen nicht vergessen: Die positiven Realitäten von heute, wie zum Beispiel die Gleichstellung der Frau, Kinder- und Minderheitenrechte, Umweltschutzbestimmungen und Arbeitsschutzgesetze waren die Visionen von einst. Unsere jetzigen ganz konkreten Forderungen müssen schnellstmöglich die Realitäten von heute werden. Ihr seid nicht allein! Ich wünsche euch eine erfolgreiche und ermutigende Konferenz.

Mit solidarischen Grüßen

Euer Günter Wallraff

\* [Es gilt das gesprochene Wort. Link zur Videobotschaft Günter Wallraffs: [www.gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/304-grussbotschaft-guenter-wallraff](http://www.gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/304-grussbotschaft-guenter-wallraff).]

## 6. Ordentlicher ver.di-Bundeskongress „Starkes Signal für Gute Arbeit“?

Vom 17. bis 22. September 2023 hat in Berlin der 6. ordentliche ver.di-Bundeskongress mit ca. 1000 Teilnehmenden stattgefunden. Für *Avanti*<sup>2</sup> Anlass genug, um mit Petra, einer Delegierten, über ihre Eindrücke zu sprechen.\*

**D**er Umgang der Gewerkschaft mit dem Krieg in der Ukraine hatte schon im Vorfeld zu großen Diskussionen geführt. Wie hat sich der Bundeskongress dazu positioniert? Welche Anträge wurden beschlossen?

**Petra:** Schon Wochen vor dem Kongress kursierte eine Petition, mit der die Delegierten aufgefordert wurden, gegen den Leitantrag des Gewerkschaftsrats „Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch“ zu stimmen. In diesem Antrag werden unter anderem die Reaktionen der Europäischen Union und der Bundesregierung auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine als grundsätzlich richtig bezeichnet, also auch Waffenlieferungen und Sanktionen gebilligt. Die Forderung an die Regierung, sich für einen Waffenstillstand und die Aufnahme von Verhandlungen einzusetzen, fehlt dagegen. Dies wurde von nicht wenigen als Verstoß gegen die ver.di-Grundsatzerklärung von 2010 gesehen, die auf eine friedliche Regelung von Konflikten abstellt. Außerdem erweckt die

Formulierung im Antrag den Eindruck, dass ver.di mit der Ampel-Regierung den Schulterschluss sucht. Dieser Eindruck wird noch verstärkt dadurch, dass in dem Antrag keine Verbindung hergestellt wird zwischen dem milliardenschweren und auf Dauer angelegten Hochrüstungsprogramm der Bundesregierung einerseits und Kürzungen bei Sozialausgaben und der Daseinsvorsorge andererseits. Obwohl klar ist, dass das Geld, das für Waffen fließt, für wichtige gesellschaftliche Aufgaben nicht mehr zur Verfügung steht. Auch nicht für die Bekämpfung der Klimakatastrophe.

Es war absehbar, dass es unter den Delegierten einen großen Diskussionsbedarf zu diesem Antrag geben würde. Die konstruktive und inhaltsreiche Diskussion endete jedoch abrupt mit der Annahme eines Antrags auf Ende der Debatte und Abstimmung aller Änderungsanträge en bloc entsprechend der Empfehlung der Antragskommission. Und diese hatte wesentliche Änderungsanträge auf Ablehnung gestellt.



Ver.di-Warnstreik in Mannheim, 4. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Am Ende stimmten 275 Delegierte gegen den leicht geänderten Leitantrag – ein Drittel der 856 Delegierten, die sich an der Abstimmung beteiligten. Man kann also nicht sagen, dass sich ver.di als Ganzes hinter die kriegstreiberische, unsoziale Politik der Bundesregierung gestellt hat. Außerdem hat der Bundeskongress klar zum Ausdruck gebracht, dass ver.di Teil der Friedensbewegung bleiben will.



Ver.di-Warnstreik in Mannheim, 4. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

**BR-Mobbing als Mittel von Geschäftsleitungen, um aktive Betriebsratsmitglieder zum Beispiel mit „Verdachtskündigungen“ zu bekämpfen, kommt immer häufiger zur Anwendung. BR-Mobbing findet sehr häufig in Branchen statt, für die ver.di zuständig ist. Inwiefern hat dieses Thema auf dem Kongress eine Rolle gespielt? Gab es diesbezüglich Anträge? Und was ist mit diesen passiert?**

**Petra:** Ein Antrag aus Niedersachsen/Bremen wurde nur als als unverbindliches Arbeitsmaterial für den Bundesvorstand angenommen. Darin wird der Bundesvorstand aufgefordert, eine ver.di-interne Koordinierungsstelle „Union Busting“ einzurichten. Eine zentrale Anlaufstelle für alle Fälle von Gewerkschaftsbekämpfung, die Gegenstrategien entwickelt, juristische Einschätzungen bündelt, Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre berät und für diese sowie für von BR-Mobbing Betroffene Handlungshilfen erarbeitet. Betroffene sollen psychosoziale Unterstützung erhalten und sich vernetzen können. Weitere Aufgaben der Koordinierungsstelle sollen die Unterstützung und Bündelung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen gegen konkrete Fälle der Gewerkschaftsbekämpfung sein. Auch der Aufbau von Bündnissen soll helfen, den nötigen öffentlichen Gegendruck zu erzeugen.

Auch ein Antrag der Landesbezirkskonferenz Rheinland-Pfalz-Saarland wurde zum Arbeitsmaterial degradiert. Unter anderem soll die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften sowie die Behandlung von Straftaten gegen die Betriebsverfassungsorgane als Officialdelikte in ein modernisiertes Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen werden.

Bei den Diskussionen auf dem Kongress hat das Thema bezeichnenderweise keine Rolle gespielt. Wie andere unstrittige Anträge wurden auch diese en bloc abgestimmt.

## Welche Diskussionen und Entscheidungen auf dem Kongress findest Du erwähnenswert?

**Petra:** Es gab großen Diskussionsbedarf bei der Aussprache zum Geschäftsbericht des scheidenden Bundesvorstands. An die fünfzig Kolleginnen und Kollegen meldeten sich zu Wort. Es gab diverse Beiträge, die sich gegen die Praxis der Sozialpartnerschaft richteten und stattdessen eine antikapitalistische Haltung und ein entsprechendes Vorgehen von ihrer Gewerkschaft einforderten. Auch die Nähe zur SPD-Politik stieß auf Kritik. Es gab diverse Appelle für eine bessere Zusammenarbeit innerhalb von ver.di, sowohl in Bezug auf die unterschiedlichen Bereiche und Gremien, als auch in Bezug auf die Friedensfrage.

Bemerkenswert finde ich auch, dass es nun eine neue Personengruppe Queer bei ver.di gibt. Die Antragskommission hatte ursprünglich empfohlen, den entsprechenden Satzungsantrag der Bundesfrauenkonferenz abzulehnen. Der Antrag war jedoch nicht nur gut vorbereitet, sondern wurde von den Frauen und von der Jugend sichtbar unterstützt, was viele Delegierte und am Ende auch die Antragskommission überzeugte.

## Hat der Gewerkschaftskongress zu einer politischen Umorientierung in Richtung einer kämpferischen Gegenmachtstrategie geführt?

**Petra:** Ich habe nicht den Eindruck, dass der Kongress zu einer politischen Neuausrichtung geführt hat.

Aber es ist deutlich geworden, dass es viele kritische Stimmen und vielfältige Aktivitäten an der Basis gibt, von denen einige auf dem Kongress durch Aktionen sichtbar wurden. So kamen Aktive von Fridays for Future zu Besuch und stellten gemeinsam mit Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr die Petition #wirfahrenzusammen vor.

Erwartungsgemäß wurde der oppositionelle Kandidat Orhan Akman nicht in den Bundesvorstand gewählt. Aber er hat 201 von 905 abgegebenen Stimmen bekommen. Und 66 Delegierte haben sich enthalten. Das heißt sicherlich nicht, dass alle Delegierten, die für Orhan Akman gestimmt haben, mit allen seinen Handlungen und Vorschlägen einverstanden sind. Aber ich sehe es als ein Signal, als Forderung nach einer politischen und organisatorischen Neuausrichtung von ver.di zu einer Gewerkschaft, die sich Krisen und Klimakatastrophe stellt, den Klassenkampf von oben mit Klassenkampf von unten beantwortet und sozialpolitischen Kahlschlag und Kriegstreiberei entschieden entgegentritt.

\* [Die Fragen stellte H. S. für *Avanti*².]



Ver.di-Warnstreik in Mannheim, 4. Mai 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

# ISO-Infoabend zum Krieg in Nahost

## Konsequent auf der Seite der Unterdrückten

N. B.

**Doch was heißt Solidarität mit den Unterdrückten? Besonders in Bezug auf den seit vielen Jahrzehnten anhaltenden Konflikt in Palästina/Israel und den erneuten Krieg in Nahost? Diese und andere Fragen diskutierten wir auf unserem Infoabend im Oktober.**

**U**nter der erneuten Eskalation zwischen der israelischen Armee und der Hamas leidet – wie seit jeher – die israelische und palästinensische Zivilbevölkerung. Wie sehr die desaströse Entwicklung die Menschen auch hier in der Region bewegt, zeigte sich unter anderem in der zahlreichen Beteiligung an unserem Infoabend und der regen Diskussion.

Beginnen wir jedoch mit den vielschichtigen Ausführungen unseres Referenten. Er ging nicht nur auf die historische und die aktuelle Entwicklung des Konfliktes ein, sondern versuchte auch, eine emanzipatorische Antwort auf die Frage nach Lösungsmöglichkeiten zu geben. Im Gegensatz zu den meisten Stellungnahmen und Berichten, die seit den grausamen Angriffen der Hamas am 7. Oktober und den vernichtenden Reaktionen des israelischen Staates kursieren, unterschied er konsequent zwischen den kriegsführenden Parteien und der Zivilbevölkerung.

### Keine Vergeltung von Unrecht durch neues Unrecht

„Die Palästinenser:innen“ (oder gar „die Araber“) können nicht mit der Hamas gleichgesetzt werden, ebenso wenig wie die israelische Regierung und ihre Armee identisch sind mit der israelischen Zivilbevölkerung oder gar „den Jüd:innen“. Unser Referent stellte die massiven Verletzungen heraus, die auf beiden Seiten im Laufe der letzten hundert Jahre den politischen und ideologischen Raum für das gegenseitige zerstörerische Unrecht schufen.

So habe der Zionismus erst durch die unvorstellbare Gewalt an Jüd:innen durch die Nazis zu einer wirkmächtigen Ideologie werden können. Dessen politische Umsetzung habe dann mit der Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung in Palästina zu massiver Gewalt gegen die arabische, palästinensische Bevölkerung geführt.

Die ethnische Säuberung und die Einkesselung in dem Freiluftgefängnis Gaza habe eine sehr junge palästinensische Gesellschaft ohne eigene Ökonomie, ohne Lebensperspektiven und in ständiger Not und Bedrohung hervorgebracht. In der anschließenden Diskussion bekräftigte ein palästinensischer Teilnehmer diese Einschätzung und ermahnte uns dazu, die Menschen hinter den Opferzahlen zu sehen: „Es sind Menschen, nicht nur Zahlen.“

Unser Referent führte aus, wie das politische Vakuum in Palästina und Israel von fundamentalistischen, religiös gefärbten Ideologien auf beiden Seiten gefüllt wird. Ein Unrecht werde hier mit anderem Unrecht vergolten. Unsere Solidarität müsse dabei allen Opfern und all jenen gelten, die für Frieden, politische und soziale Freiheit eintreten.

### Nein zu Reaktion und Repression in der BRD!

In der Diskussion wurden Fragen nach der Geschichte des Konflikts und der Charakteristik des israelischen Staates erörtert.

Wichtig waren den Teilnehmenden jedoch auch die Reaktionen hierzulande. Der Referent führte die weitere Verschiebung nach rechts an, in der bürgerliche Parteien die eskalierende Gewalt in Israel/Palästina zur Debatte um eine weitere Einschränkung des Asylrechts instrumentalisierten und deutsche Rechtsextreme, ohne großes Aufsehen zu erregen, ihre antisemitischen Angriffe vermehrten.

Die Teilnehmenden waren in großer Sorge angesichts der Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung, die durch Politik, Staatsorgane und öffentliche Medien mit dem Antisemitismusvorwurf gegenüber der Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung vorangetrieben wird.

Die bedingungslose Unterstützung des israelischen Staates als deutsche Staatsräson statt der universellen Verteidigung von Menschenrechten wird als politische Linie verkündet. Daran orientieren sich leider auch Gewerkschaftsvorstände. Hier sahen die Teilnehmenden wichtige Anknüpfungspunkte für unsere politische Aktivitäten.

In den Zusammenhängen, in denen wir uns bewegen, gilt es einzutreten:

- für einen sofortigen Waffenstillstand
- für die Beendigung des Völkermords in Palästina
- gegen die Einschränkung des Grundrechts auf Demonstration
- gegen Antisemitismus, rechte Hetze und weitere Einschränkungen des Rechts auf Asyl und
- für die Verteidigung der Menschenrechte.

Wir sehen eine langfristige Lösung des Nahost-Konflikts nur in einem vereinigten, demokratischen und sozialistischen Palästina, das in weiter Ferne zu liegen scheint. Jedoch können wir uns hier und jetzt stark machen für die Beendigung der humanitären Katastrophe in Palästina und für die Beendigung der Repression in Deutschland – so lautete das Fazit unseres bemerkenswerten Infoabends. ■



Kontrolle bei verbotener Palästina-Demo in Paris, 14. Oktober 2023.

# Neuerscheinung

## *Trotzki Schriften – Literatur und Revolution*

W. F.

„Trotzki repräsentiert die marxistische Schule des Denkens unverfälscht, wie sie vor ihrer Korruption durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen existierte“, schrieb sein Biograph Isaac Deutscher.

**B**ei der thematisch-chronologisch geordneten, kommentierten Edition *Trotzki Schriften* handelt es sich um die erste große deutsche Werkausgabe. Die Texte wurden aus dem Russischen neu übersetzt oder erscheinen erstmals in deutscher Sprache.

Die in dem nun vorliegenden ersten Teilband von Band 4 enthaltenen 69 Texte dokumentieren Trotzki's Veröffentlichungen zu Kunst und Kultur aus den Jahren 1900 bis 1916.

Die Bandbreite der Themen ist enorm. Um nur einige zu nennen: „Nietzsches Philosophie des »Übermenschen«“, „Über Pessimismus und Optimismus, das 20. Jahrhundert und vieles mehr“, „Über Ibsen“, „Die Poesie, die Maschine und die Poesie der Maschine“, „Unser Vaterland? Das zwanzigste Jahrhundert“ und nicht zuletzt „Die Intellektuellen und der Sozialismus“.

### Der Autor

Leo Trotzki, revolutionärer Marxist aus der Generation Lenins und Luxemburgs, wurde 1879 als Sohn eines jüdischen Guts-



Leo Trotzki um 1914.

Foto. Gemeinfrei.



besitzers in der Ukraine geboren. 1900 wegen revolutionärer Aktivitäten nach Sibirien verbannt, floh er ins Ausland und arbeitete an Lenins Zeitschrift *Iskra* mit.

1905 Vorsitzender des Petersburger Arbeiterrats, entwickelte er aus der Erfahrung dieser ersten russischen Revolution seine Theorie der „Permanenten Revolution“. Nach neuerlicher Verurteilung und Flucht lebte er in den Jahren 1907 bis 1914 in Wien als politischer Journalist und Kulturkritiker, in den Kriegsjahren zunächst in Paris, dann – Anfang 1917 – in den USA.

Als Internationalistischer Kriegsgegner schloss er sich im Sommer 1917 – nach deren politischer Neuorientierung – den Bolschewiki an. Wiederum Vorsitzender des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrats, organisierte er den Oktoberaufstand. Als Kriegskommissar schuf er 1918 die Rote Armee und führte sie zum Sieg über die Truppen der konterrevolutionären Weißen und der imperialistischen Interventionisten.

### Subskription

*Trotzki Schriften (Teilband 4.1) Literatur und Revolution, 1900 - 1916*, Herausgegeben von Helmut Dahmer, Wolfgang Feikert, Julijana Ranc, 749 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, Subskriptionspreis bis zum 31. März 2024: 60,00 €, ab 1. April 2024 70,00 €. Bitte das Bestellsystem auf der Homepage benutzen.

Neuer ISP Verlag GmbH Köln/Karlsruhe, Tel.: (0721) 31183, e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de) Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

Nach 1923 entfaltete sich zwischen Linker Opposition und Stalin-Gruppe der Fraktionskampf um Arbeiterdemokratie, Industrialisierung und Komintern-Politik.

1927 aus der Partei ausgeschlossen und nach Alma-Ata verbannt, wurde Trotzki 1929 in die Türkei ausgewiesen. Dort sammelte er die internationale Linksoption in der Hoffnung auf eine Reform der Komintern. Nach dem kampflosen Sieg Hitlers über die deutsche Arbeiterbewegung begann Trotzki mit der Organisation einer neuen, der IV. Internationale. 1940 ließ ihn Stalin durch einen NKWD-Agenten ermorden. ■

### Bereits erschienen und lieferbar

Schriften 1: *Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur* (1929-1940; zwei Teilbände)

Schriften 2: *Über China* (1924-1940; zwei Teilbände)

Schriften 3: *Linke Opposition und IV. Internationale* (1923-1934; drei Teilbände)

Die Inhalte dieser Bände findet Ihr auf der Homepage des Verlages: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)

# Protest gegen AfD-Veranstaltung

## Alle gemeinsam gegen den Faschismus?

E. B.

**Am 24. Oktober 2023 fand ein „kommunalpolitisches Forum“ der faschistoiden AfD im Ludwigshafener Pfalzbau statt. Dagegen regte sich Widerstand.**

**B**ereits im Vorfeld dieser Veranstaltung hatte die Linksfraktion im örtlichen Stadtrat heftige Kritik an der Vermietung von kommunalen Räumlichkeiten an die AfD geübt. Die verantwortliche städtische Gesellschaft Lukom wies diese Kritik zurück. Sie müsse sich „neutral“ verhalten.

Sowohl die Linke als auch der DGB Ludwigshafen riefen zu Gegenaktionen auf. Leider gab es kein gemeinsames Bündnis.

Die Linke und Antifagruppen veranstalteten vor dem Pfalzbau eine – von Polizeikräften umzingelte – Kundgebung unter dem Motto „Nein zur AfD in Ludwigshafen“. Danach wurde zu einer Spontandemo zum Hauptbahnhof aufgerufen.

Der DGB organisierte einen Protestmarsch unter dem Motto „Unsere Alternative in Ludwigshafen heißt Respekt und Solidarität“. Er führte vom Gewerkschaftshaus zum Pfalzbau. Die Reden der DGB-Kundgebung übertönten die der längst begonnenen linken Veranstaltung.

Zwar rief der DGB anschließend auch zur Beteiligung daran auf, aber es blieb aufgrund der beiden getrennten Aktionen ein bitterer Beigeschmack. Der an diesem Abend oft zu hörende Ruf „Alle gemeinsam gegen den Faschismus!“ wurde so in Frage gestellt.

In der AfD-Veranstaltung gab es übrigens tumultartige Szenen, weil sich Gegner der Rechten im Pfalzbau lautstark bemerkbar machen konnten.



Kundgebung gegen AfD in Ludwigshafen, 24. Oktober 2023. Foto: Avanti<sup>2</sup>.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 03.11.2023, 19:00 Uhr, Film „Das Spinnennetz“, Cinema Quadrat, K1,2, MA
- SO, 05.11.2023, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MO, 06.11.23, 18:00 Uhr Film „Verhängnisvolle Fehleinschätzung“, Atlantis-Kino, K2,32, MA
- SAM, 11.11.2023, 14:00 Uhr, ISO-Lesekreis „Sozialismus oder Neoliberalismus?“, MA
- DO, 16.11.2023, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 17.11.2023, 19:00 Uhr, „Wirklich, wir leben in finsternen Zeiten – Nie wieder 33“, Kulturtreff Altes Rathaus Feudenheim, Hauptstr. 52a, MA
- FR, 24.11.2023, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema, MA
- SAM, 25.11.2023, 13:00 Uhr, Friedensdemo Brandenburger Tor, Berlin

### Vorschau

- SAM, 16.12.2023, 16:00 Uhr, Jahresendfeier der ISO-Rhein-Neckar, MA



#### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de) Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)

